

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 22.

Charlottenburg, Freitag, den 3. Juni 1921.

48. Jahrg.

Gegen Urheber und Verbreiter einer Verleumdung.

Am 15. November 1920, dem Tage der Beendigung des Streiks der Angestellten in den nordbayerischen Porzellanfabriken, fand in Selb eine Versammlung statt, in der die Mitglieder der Zentralstreikleitung der Angestellten, Seidel vom Gewerkschaftsbund der Angestellten und Brost vom Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände, über den Abschluß und Erfolg des Streiks berichteten. Der in der „Ameise“ Nr. 48 vom 26. November 1920 veröffentlichte Versammlungsbericht enthielt folgende Schlusssätze:

„Von stürmischen Zustimmungskundgebungen begleitet, wies Berichterstatter Seidel am Schlusse der Versammlung noch darauf hin, daß die zweite Macht, die als Bollwerk gegen Unterwillkür aufgerichtet ist, bei dieser Bewegung durch ihre vorbildliche Solidarität bemerkenswerten Anteil an dem Gelingen des Kampfes genommen hat, nämlich die organisierte Arbeiterschaft.“

Mit einem begeisterten Hoch auf die gewerkschaftliche Solidarität wurde die Versammlung geschlossen.“

Drei Tage später, am 15. November 1920, schickte der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, Fachgruppe der Angestellten in der keramischen und Glasindustrie, Berlin, Charlottenstr. 86, an seine Geschäftsstellen und Fachvertreter einen schriftlichen Bericht über die Beendigung des Streiks. Dieser Bericht ist unterschrieben: Baudach, Ruschke. Folgende Sätze sind darin enthalten:

„Zum mindesten eigenartig ist das Verhalten des Porzellanarbeiterverbandes (rote Gewerkschaft) während des Streiks zu nennen. Wie der Kollegenschaft durch unser Rundschreiben vom 2. d. M. bekannt ist, forderten die bayerischen Arbeitgeber in der ersten Verhandlung nach Ausbruch des Streiks zur Aufrechterhaltung der selber Betriebe die Freigabe von 45,8 Proz. der streikenden Angestelltenchaft. In einer Beratung der Streikleitung über diesen Antrag gab sich der Vorsitzende des „radikalen“ Porzellanarbeiterverbandes, ein Herr Wollmann, alle nur erdenkliche Mühe, die Angestelltenchaft zur Annahme dieses oder mindestens eines abgeschwächten Antrages zu bewegen, wahrscheinlich, um seinen Genossen das Leben nicht unbequem zu machen. Er operierte dabei mit kaum noch verhüllten Drohungen über die Haltung der Arbeiter, die sehr unfreundlich werden könnten, wenn das Verhalten der Angestelltenchaft etwa einen größeren Teil der Arbeiter verdienstlos mache! Ein neues Kapitel im Punkt „Solidarität der Kopf- und Handarbeiter.“ Sollten unsere Herren Geschäftsführer bei Tarifvertragsverhandlungen in den Betrieben ähnliche Erfahrungen mit den Porzellanarbeitern machen, so bitten wir um eingehende Berichterstattung.“

Von diesem gehässigen Rundschreiben habe ich schon lange Kenntnis. Ich habe mich gefragt, ob die Herren Baudach und Ruschke in der Tat geglaubt haben können, der gesamten Angestelltenbewegung oder auch nur den Mitgliedern des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes mit ihrer Darstellung vom 15. November und mit ihrer Verhöhnung der Solidarität der Kopf- und Handarbeiter einen Dienst zu erweisen, just nachdem sich die von seiten der Arbeiter gehöte Solidarität leben bis zum 12. November, vor allem zugunsten der kaufmännischen Angestellten, so anerkannt vorzüglich bewährt hatte. Aber ich habe geschwiegen weil es mir persönlich gleichgültig sein kann, was die keramische Fachgruppe des Deutschnationalen

Handlungsgehilfenverbandes — ihren Funktionären vorschwindelt und weil es mir scheint, als wenn diese deutschnationale politische Gehässigkeit geeignet sei, allgemein gewerkschaftlich Schaden anzurichten, zuallermeist für die kaufmännischen Angestellten.

Meine Rücksichtnahme war verfehlt. Die „christliche“ Keramarbeiterzeitung brachte in ihrer Nr. 9 vom 5. Mai 1921 einen Aufsatz, überschrieben: Von den Kämpfen der Angestellten in der feinkeramischen Industrie. Die erste Hälfte dieses Aufsatzes lautet folgendermaßen:

„Die deutsche Porzellan- und Steingutindustrie beschäftigt eine beträchtliche Zahl kaufmännischer Angestellter, die zum größten Teil in dem mit uns im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband“ organisiert sind. Die Leitung des genannten Verbandes übersendet uns einen längeren Bericht über die Kämpfe, die derselbe im vergangenen Jahre um seine Anerkennung zu führen hatte. Wir entnehmen daraus folgendes: Der Verband erstrebte auch für die Angestellten einen Reichsrahmentarif. Der Arbeitgeberverband verhielt sich ablehnend. Im Juni 1920 wurde zu diesem Zweck nochmals an den Arbeitgeberverband herangetreten, wieder ohne Erfolg. Infolgedessen traten die Angestellten am 31. August 1920 gesch. in den Streik. Die Lohn- bzw. Gehaltsverhältnisse waren in der Tat unhaltbar. Ein 49-jähriger verheirateter Angestellter, Familienvater, erhielt ein Monatsgehalt von 299 M. Der Streik wäre wahrscheinlich in kürzester Zeit beendet gewesen, wenn nicht Mitglieder des „freien“ Porzellanarbeiterverbandes in Einzelfällen Streikarbeit geleistet hätten, und wenn die freigeordneten technischen Angestellten so fest zur Stange gehalten hätten, wie die technischen.“ Inzwischen wollten die nordbayerischen Porzellanfabriken mit dem Abbau der Angestelltengehälter beginnen, was zum Streik in Marktredwitz, Kronach, Rehau, Schönwald, Weiden und Freiwald*) führte. Die Regierung griff vermittelnd ein. Auch Herr Wollmann, der Leiter des freien Porzellanarbeiterverbandes, bemühte sich, den Streik zu beenden. Die Angestellten hatten dabei das Empfinden, daß ihnen letztere Tätigkeit mehr geschadet wie genutzt habe, da seine unter allerlei Drohungen und Andeutungen vertretene Forderung an die Streikenden, etwa 45 v. H. der streikenden Angestellten zur Aufrechterhaltung der Betriebe freizugeben, die Wirkung der Streikwaffe arg abgestumpft hätte. Der nordbayerische Streik endete mit Erfolg. Es konnten Mindestgehälter bis zu 1800 M. durchgesetzt werden.“

Der Kenner der Verhältnisse erkennt ohne weiteres, daß der Aufsatz ziemlich konfuse mit den Tatsachen umspringt und bei aller Kürze nur ein recht liederlicher Auszug aus dem Bericht der Deutschnationalen sein kann. Man merkt ihm daher um so mehr den Eifer an, eine gesunde Herabsetzung unserer Mitglieder und meiner Person zu kolportieren.

Nachdem die Keramarbeiterzeitung die Behauptungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in die Öffentlichkeit gebracht hat, Lieb mir nichts anderes übrig, als das Rundschreiben der Herren Baudach und Ruschke und den Aufsatz der Keramarbeiterzeitung niedriger zu hängen. Der Versuch, unsere Mitglieder herabzusetzen, scheidet schon an dem eingangs zitierten Versammlungsbericht von Selb, und auch in anderen Bezirken steht die Tatsache fest, daß unsere Mitglieder und Funktionäre in ihrem Verhalten und Bemühen in der Ange-

*) Soll offenbar heißen: kaufmännischen, aber ich zitiere eben wörtlich.

**) Ein Freiwald giebt es nicht und Selb, die Centrale des Streiks, ist garnicht genannt.

stellenbewegung sich die dankbare Anerkennung und Achtung der Angestellten erworben haben.

Was meine Person anbelangt, so erkläre ich: Es ist unwahr, daß ich die Freigabe von 45 Proz. oder etwa 45 Proz., oder mindestens einer geringeren Zahl der streikenden Angestellten für die Betriebe gefordert habe. Mit dieser Feststellung begnüge ich mich vorläufig. Zeugen sind ja genug vorhanden und ich glaube deshalb, auf die Einzelheiten in der fraglichen Sitzung in Selbst ohne zwingende Ursache vorläufig nicht eingehen zu sollen. Einer etwa doch noch notwendig werdenden Auseinandersetzung, ob und wieviel oder wie wenig ich den Angestellten in ihrem Kampfe geschadet oder genützt habe, kann ich mit der beruhigenden Gewißheit entgegensehen, dabei auf alle Fälle ganz gut abzuschneiden.

Georg Wollmann.

Die Gewerkschaften bei den Botshaftern der Entente.

Die Lage der Deutschen im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet wird immer unerträglicher, dieses geht nicht allein aus den Zeitungsberichten hervor, sondern auch aus direkten Meldungen, die an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gelangen. Es besteht kein Zweifel, daß die Polen die Absicht haben, der Entscheidung der Entente vorzugreifen und sich die von ihnen verlangten Gebiete mit Gewalt anzueignen. Es besteht auch kein Zweifel, daß sie dabei die weitestgehende Unterstützung der französischen Besatzungstruppen, vor allem des Generals Le Rond, haben, und daß dieser auf Anweisung der französischen Regierung handelt.

Dieser Umstand, sowie die bevorstehende Entscheidung über die Zugehörigkeit Oberschlesiens, haben dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Veranlassung gegeben, bei den Botshaftern von England, Frankreich und Italien vorstellig zu werden, um ihnen, als den einzig erreichbaren Vertretern ihrer Regierungen, die Auffassung der deutschen Arbeiter in der ober-schlesischen Frage persönlich vorzutragen. Die anderen Gewerkschaftsrichtungen und die Angestelltenverbände haben sich diesem Schritte angeschlossen. Als gemeinsame Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christlich), des Gewerkschaftsrings (Hirsch-Dunder) und des Allgemeinen freien Angestelltenverbandes (Afa) wurden die Herren Baltrušis, Sassenbach und Wiffell im Laufe des 14. Mai von den drei Botshaftern in den betreffenden Botshaftergebäuden empfangen.

Die Aufnahme bei den Botshaftern war eine durchaus entgegenkommende, wenn auch bestimmte Zusagen nicht gemacht werden konnten. Jedenfalls wurden in der Aussprache die verschiedenen Seiten der ober-schlesischen Frage berührt, vor allem wurde auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, die deutsche Bevölkerung gegen die drohenden und zum Teil schon eingeleiteten Plünderungen und gegen die verübten Gewaltmaßnahmen der Polen zu schützen. Es ergab sich die übereinstimmende Auffassung, daß der Oberste Rat in seiner Beschlusfassung über die Zugehörigkeit Oberschlesiens sich nicht durch den Aufstand der Polen beeinflussen lassen werde.

Dem italienischen Botshafter konnte die Delegation aus voller Ueberzeugung den Dank der deutschen Arbeiterschaft aussprechen für das Verhalten der italienischen Vertreter und Soldaten sowie das Beileid für die Verluste, die die italienischen Soldaten bei ihrem ehrlich neutralen Auftreten in Oberschlesien erlitten haben. Den Herren Botshaftern wurde folgende vom 13. Mai datierte, von den beteiligten Gewerkschaften unterschriebene Denkschrift übergeben:

„In der gestrigen Tagespresse war behauptet, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln mit den aufständischen Polen eine vorläufige Vereinbarung getroffen habe, die nach der ganzen Sachlage von den Aufständischen selbst als eine endgültige angesehen worden wäre, da sie ihre Wünsche fast restlos erfüllt hätte.“

Wenn schon heute die Tagespresse berichtet, daß die behauptete Vereinbarung nicht getroffen sei, so gibt doch die Tatsache, daß solche Behauptungen offenbar von polnischer Seite in die Welt gesetzt werden, den unterzeichneten deutschen Gewerkschaften Anlass, den beteiligten Mächten folgendes mitzuteilen: Durch Annahme des Londoner Ultimatums wird das deutsche Wirtschaftsleben mit ungeheuren finanziellen Verpflichtungen belastet. Wenn auch das gesamte deutsche Wirtschaftsleben diese Bürden einheitlich zu tragen hat, so gibt sich die deutsche Arbeiterschaft doch keinem Zweifel darüber hin, daß betrübende Beträge nicht aus der Substanz genommen werden

können, sondern durch Mehrleistung der werktätigen Bevölkerung erbracht werden müssen. Jede Schmälerung des deutschen Gebiets erhöht diese Lasten. Die deutsche Arbeiterschaft ist der Ansicht, daß selbst beim Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland Arbeitsleistungen zu vollbringen sind, die über das hinausgehen, was nach dem Sinne des 13. Teiles des Friedensvertrages billigerweise der Arbeiterschaft zugemutet werden kann. Im 13. Teile des Friedensvertrages sind der Arbeiterschaft der gesamten Welt und damit auch den deutschen Arbeitern Versprechungen gemacht, deren Inhalt dort zu bekannt ist, als daß wir hier darauf näher einzugehen brauchen. Wenn nun ein so überaus wichtiges Gebiet, wie das ober-schlesische, von Deutschland losgelöst würde, würde die auf den deutschen Arbeitern ruhende Last eine unerträgliche werden. Es ist immer, und vor der Abstimmung auch von den Polen, von einem ungeteilten Oberschlesien gesprochen worden. Die Abstimmung in Oberschlesien hat eine überwiegende deutsche Majorität ergeben, daß, wenn eine ähnliche polnische Majorität zu verzeichnen gewesen wäre, kein Zweifel gegeben wäre, daß die Polen dieses zum Anlaß genommen hätten, die Zuweisung von Oberschlesien ungeteilt an Polen zu fordern. Das gleiche müssen die deutschen Arbeiter verlangen, um so mehr, als die ihnen obliegenden Pflichten viel größer sind, als die den polnischen Arbeitern zufallenden, und weil die Abstimmung ergeben hat, daß gerade in den Industriegebieten die deutsche Arbeiterschaft die weit-aus überwiegende ist.

Wenn auch die unterzeichneten deutschen Gewerkschaften glauben annehmen zu dürfen, daß bei der bevorstehenden Entscheidung über Oberschlesien die beteiligten Regierungen die Sachlage objektiv prüfen, halten sie es aus Sorge für die deutsche Arbeiterschaft für ihre Pflicht, auf das dringendste darauf hinzuweisen, daß eine weitere Herabdrückung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiterschaft eintreten muß und der 13. Teil des Friedensvertrages in Deutschland nicht durchgeführt werden kann, wenn die Regelung in einem Sinne erfolgen würde, wie er gestern als Beschluß der Interalliierten Kommission behauptet worden war.“

Die Botshafter versprachen, die Wünsche und Beschwerden der deutschen Arbeiterschaft, sowie die Denkschrift an ihre Regierungen weiterzuleiten.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die deutsche Volkswirtschaft unter dem Ultimatum. — Verpfändung des Grundbesitzes. — Die Forderung der Getreidewirtschaft. — Das russische Abkommen. — Preissenkungen in der Industrie. — Vorgänge auf dem Kaffeemarkt. — Zunahme der Unternehmerverbände.

Das Ultimatum der Entente hat eine schwere innere Krise in Deutschland ausgelöst, die politisch eine schwere Entscheidung für die Partei forderte. Wie die Entscheidung auch ausgefallen wäre, die Annahme sowohl wie die Ablehnung der von der Entente geforderten Leistungen mußten unser Wirtschaftsleben schwer gefährden. Die Befehung des Ruhrgebietes würde die deutsche Industrie von der Kohlen- und Eisenbasis trennen und gibt die Preisbestimmung für die wichtigen Produkte, ohne die unsere Volkswirtschaft nicht bestehen kann, unter Kontrolle Frankreichs, dem gleich die Androhung von jener Seite hinzugesügt wurde, daß man sich auf diese Art einen Teil der finanziellen Leistungen sichern wird, die Deutschland als Entschädigung aufbringen muß. Verteuerung von Kohle und Eisen bedeutet Preiserhöhung fast aller Waren, ungünstige Gestaltung des Exportes wegen zu hoher Produktionskosten und damit Rückgang des Verbrauchs, Steigerung der Löhne, Zunahme der Geldumlaufsmittel, schließlich vermehrte Arbeitslosigkeit.

Dagegen ist mit Sicherheit zu erwarten, daß auch die Uebernahme der von der Entente geforderten Leistungen, die im Minimum auf 3,25 Milliarden Goldmark jährlich berechnet werden, wirtschaftspolitisch den schwersten Druck erzeugen müssen. Denn diese 3,25 Milliarden bedeuten bei unserer Papierwährung rund 48,75 Milliarden, die aus der deutschen Wirtschaft abgezogen werden sollen. Unsere Einnahmen aus Zöllen, Verbrauchsabgaben und Steuern sind im Etat 1920 mit 38 Milliarden Mark veranlagt; sie langen nicht einmal für den Bedarf des Reiches; denn wir werden mit einem Defizit von 70 Milliarden Mark abschließen. Aus laufenden Einnahmen ist also der Posten, den die Entente fordert, in den nächsten Jahren nicht zu decken; wir müssen nach neuen Einnahmen Ausschalten. Die Entente hat uns einen Weg gewiesen; sie will neben den 2 Milliarden Goldmark, die wir, ganz einerlei woher, aufbringen sollen, 25 Proz. vom Wert der Waren in Anspruch nehmen, die wir an das Ausland liefern. Sie verlangt aber, daß der Exporteur diesen Betrag von der deutschen Regierung zurückerhält. Damit gelangen wir

wieder an den deutschen Steuerzahler, der nun abermals auf seine Leistungsfähigkeit geprüft werden muß.

Ziel wird bei dieser Prüfung nicht herauskommen; denn die Steuerschraube wird keine großen Drehungen mehr vertragen können. Wir werden wohl zu keinem anderen Mittel greifen können, als dem einer Verpfändung unseres Grundbesitzes, ähnlich dem, wie es unseren österreichischen Freunden bereits ergangen ist. Natürlich darf der ländliche Grundbesitz dabei nicht frei bleiben. Die großen industriellen Unternehmungen müssen durch festverzinsliche Obligationen ihren Beitrag liefern, um auf diese Weise die 25 Proz. der Ausfuhrabgabe freizubekommen. Daneben muß der Dividendenpolitik ein Ende gesetzt werden, indem die Ausschüttung einer Dividende über 5 Proz. mit einem steigenden Anteil der Finanzverwaltung bedacht wird. Nur durch einen entschiedenen Zugriff in das kapitalistische Getriebe besteht die Möglichkeit, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, sonst stehen wir nach einigen Wochen vor demselben Dilemma, und der Spektakel mit dem drohenden Einmarsch beginnt von neuem. Das Vermögen in Grund und Boden wurde vor dem Kriege auf 70 bis 100 Milliarden Goldmark, der Bergwerksbesitz auf 6 Milliarden Goldmark geschätzt. Diese Wertung ist nur ein ungefährender Anhalt; sie liegt weit zurück und ist offenbar viel zu gering. In industriellen Aktiengesellschaften waren rund 20 Milliarden Mark angelegt, die zu einem erheblichen Teile jetzt auf ihren Papierwert gebracht sind. Für den ländlichen Grundbesitz ist die Belastung erträglich, da die Hypothekenschuld während des Krieges sehr gemindert ist. Die Verteilung der Lasten kann natürlich keine gleichmäßige sein.

Es ist klar, daß diese Belastung mit einer Steigerung der Warenpreise einhergehen wird. Aber wie wir auch das Problem, aus unserer Volkswirtschaft jährlich 48 Milliarden Mark herauszuholen, lösen, immer werden wir die Warenpreise hinaufschrauben und damit Absahschwierigkeiten schaffen, die die gegenwärtige Krise verschärft; also vermehrte Arbeitslosigkeit und Geschäftsstörung, deren Ueberwindung erst für später zu erwarten ist. Mit diesen sehr trüben Aussichten treten wir an die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen heran.

Die zurückgetretene Regierung hat uns in den letzten Tagen noch mit einer Vorlage über die Getreidebewirtschaftung bedacht, die für die Arbeiterklasse abermals eine neue, nicht unerhebliche Belastung bringt. Man geht zu dem sogenannten Umlageverfahren über, d. h. es werden für den Bedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung in Höhe von 4,3 Millionen Tonnen 3 Millionen Tonnen durch Zwangsabgabe zu einem bestimmten Preise erfaßt. Dieser Preis dürfte auf 1800 bis 2000 Mk. die Tonne heraufgesetzt werden; gegen ungefähr 1500 Mk. gegenwärtig oder 200 Mk. vor dem Kriege. Die Zwangslieferung würde, auf die Anbaufläche verteilt, eine Abgabe je Hektar von 3,5 Doppelzentner erfordern oder nicht ganz ein Fünftel der Ernte an Brotgetreide, Gerste und Hafer. Denn es kann der Landwirt anstatt Brotgetreide Gerste oder Hafer abgeben. Der Staatsrat hat an der Vorlage eine Verschlechterung vorgenommen, indem die von der Regierung eingelegte Menge von 3,5 Millionen Tonnen als Lieferungsoll auf 3 Millionen herabgesetzt wurde. Schließlich stimmten sogar die Freistaaten Hessen und Baden, weil ihnen die Verteilungsquote nicht richtig schien, aber nicht aus grundsätzlichen Bedenken, dagegen. Eine andere Verschlechterung der Vorlage vollzog der Staatsrat, als er die Bestimmung aufhob, daß der Freistaat für die Aufbringung der Lieferung haften sollte. Die Regierung wollte dann von dem zu überweisenden Steuerbetrag die Hälfte zurückbehalten. Rückwirkend konnte dann der Freistaat zu seiner Deckung sich an den Landwirt schadloß halten, der seine Lieferungsoll verjäumt hatte. Der Druck der Ablieferung wäre mithin sehr stark gewesen und bot eine gewisse Sicherheit für das Gelingen des aufgestellten Programms. Für die Verbraucher ist das Ergebnis der Vorlage, daß eine Verteuerung des Brotes um 2,50 bis 3 Mk. eintritt, während für den Landwirt das frei in den Handel gehende Getreide einen Preisaufschlag von mindestens 1700 bis 1800 Mark je Tonne erzielen wird. Bei höheren Weltmarktpreisen und ungünstigerem inneren Marktstand kann die Preissteigerung weit darüber hinausgehen. Gering gerechnet, wird man mit einer Abgabe von 3 Millionen Tonnen im freien Verkehr rechnen können. Das würde bei einem Preisaufschlag von 1700 bis 1800 Mk. je Tonne eine Zuwendung von 5,1 bis 5,4 Milliarden für die Landwirtschaft bedeuten. Man begreift, weshalb die Wortführer der Agrarier die Zwangslieferung vollständig los werden wollen; ihre Revenüen kämen auf das Doppelte und erreichten dann über 10 Milliarden. Wenn wir so wenig leistungsfähig sind, wie es die bürgerlichen Parteien der Entente gegenüber behaupten, dann sollte, sie sich hüten, so hohe, freiwillig übernommene Lasten als tragfähig für das deutsche Volk zu erachten. Uebrigens hat das Kuratorium der Reichsgetreidestelle die Vorlage nahezu einstimmig abgelehnt und es wird berichtet, daß er... Widerstand gegen eine Erhöhung der Inlandspreise

ober völlige Freigabe der Getreidebewirtschaftung auch bei den Arbeitnehmervertretern im Kuratorium nicht vorhanden war. — Das müssen recht sonderbare Arbeitervertreter sein.

Wie stark die Verschiebung der Kräfte in der Weltwirtschaft zum Ausdruck kommt, läßt die Mitteilung erkennen, daß der Goldbestand der amerikanischen Bank fortgesetzt zunimmt. Der Goldzustrom nach New-York sei so stark, daß man einen Teil der Sendungen nach Philadelphia leitete. Eine ungeheure Kapitalmacht ist in diesem Lande in der Entwicklung, sie sucht neue Betätigung und erweitert ihr Herrschaftsgebiet uneingeschränkt.

Endlich ist nun auch mit Rußland das schon so oft erörterte Handelsabkommen zum Abschluß gelangt. Es enthält gewisse Erleichterungen für den Handelsverkehr, bietet dem Schutz des in Rußland erworbenen Einkommens und läßt eine deutsche Vertretung in Rußland zu. Keine der beiderseitigen Vertretungen darf den bei ihnen beschäftigten Personen gestatten, Agitation oder Propaganda gegen die Regierung des Aufenhaltsstaates zu betreiben. Es hat also ähnlich wie im englischen Abkommen die Sowjetregierung auch im deutschen Vertrag auf die kommunistische Betätigung für die Weltrevolution verzichtet. Wenn man auch auf diesen Verzicht nicht viel Wert zu legen braucht, so ist das Zugeständnis nach außen immerhin ein Aufgeben der großen russischen Weltmission. Ein zweites Abkommen regelt die Heimkehr der Gefangenen und die erworbenen Rechte am Eigentum.

Der starke Druck auf den Weltmarkt hat die deutsche Industrie genötigt, die Preise weiter zu senken. Der Eisenwirtschaftsbund gab in seinen Preisen erheblich nach und man drängt sehr, damit die Auflösung der Zwangsorganisation erfolgt. Mit der Auflösung würde natürlich der Weg für die Syndikatsbildung frei werden. Dagegen sind die Kalipreise um ungefähr 55 Proz. erhöht, weil die vorteilhaften Auslandsverkäufe, die bisher zur Begünstigung des Inlandsverbrauchs dienten, sehr eingeschränkt wurden.

Während wir über hohe Preise klagen, unternimmt die brasilianische Regierung mit einer Anleihe von 20 Millionen Dollar den Versuch, den Kaffee durch starke Ankäufe auf ein höheres Preisniveau zu bringen. Das Verfahren ist nicht neu, aber die Besitzer der Kaffeeplantagen werden noch lange warten können, ehe sie das alte Absatzgebiet wieder voll aufnahmefähig finden. Vorläufig ist durch die Maßnahme der brasilianischen Regierung ein erhebliches Quantum Kaffee aus dem Verkehr gezogen und unsere Hoffnung, zu billigem Kaffee zu kommen, ist im Sinken begriffen.

Die Vereinigung der deutschen Unternehmerverbände berichtet über eine günstige Entwicklung ihrer Organisationsbestrebungen im Jahr 1920. Wie die Gewerkschaften, haben mithin auch die Unternehmer ihre Organisationen nicht nur erweitert, sondern auch vervollkommen. Die Zahl der Verbände ist von 130 auf 200 gestiegen. Am Schluß des Jahres waren der Zentrale rund 100 000 Betriebe gegen 52 583 im Jahre vorher mit 8 Millionen beschäftigten Arbeitern angeschlossen. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter entspricht der Mitgliederzahl der Verbände der freien Gewerkschaften, die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind.

Aus der Jugendbewegung.

Eltern, Kapitalismus und organisierte Arbeiterjugend.

Von Robert L. Berendsohn.

Kinderarbeit und Kinderausnützung sind eines der traurigsten Kapitel in der Geschichte des Kapitalismus. Es hat der gewaltigsten Anstrengungen des Proletariats bedurft, um seine Kinder und Jugendlichen vor den allerschlimmsten Folgen des kapitalistischen Hungers nach billigster Arbeitskraft zu bewahren, dem Profithunger des Kapitals gewisse Grenzen zu ziehen. Aber auch mittelbar, auf Umwegen, betreibt das kapitalistische Wirtschaftssystem eine der Jugend schädliche Ausbeutung. Einer dieser Umwege besteht darin, daß es den Lohnarbeitern — stets im weitesten Sinne, also Angestellte, Arbeiter, Beamte — das Existenzminimum gar nicht oder in so beschränktem Maße gewährt, daß die proletarischen Eltern durch den Mangel an Mitteln gezwungen werden, ihrerseits die Kräfte der eigenen Kinder wirtschaftlich auszunützen, ohne Rücksicht auf die Forderungen, die die neuzeitliche Erkenntnis aus gesundheitlichen und erzieherischen Gründen stellt bezüglich Freiheit, Wachstum, Betätigung und Bildung der Jugend.

Bekanntlich verkörpert das Leben jedes einzelnen Menschen in seinen verschiedenen Zeitabschnitten die ganze Entwicklungsgeschichte des Menschengeschlechts von seinen Ursprüngen bis zur Gegenwart. Das Kindesalter stellt zweifellos jene Uebergangszeit dar, in welcher der Urmenich allmählich zum Bewußtsein erwachte, die Herrschaft über seine Umwelt, Gegenstände und Tiere eroberte. In jenen frühen Zeiten folgte der Mensch zügellos seinem Triebe nach Freude und Glück, nach Wärme und Schönheit, nach harmlosem Tanz und Spiel, wie wir es heute noch bei den sogenannten „wilden“ Völkern beob-

Steingutindustrie hat im vergangenen Monat, wie die unmittelbaren Berichte an das „Reichsarbeitsblatt“ zeigen, ebenfalls eine weitere Einbuße erlitten. Immerhin sind noch fast drei Viertel der Beschäftigten, auf die sich die Berichte erstrecken, in Betrieben mit gutem und befriedigendem Geschäftsgang tätig gewesen.

Die Meldungen der Landesarbeitsämter lassen erkennen, daß erhebliche Betriebseinschränkungen stattfinden mußten. So konnte in Schlesien eine Porzellanfabrik nur noch 24 Stunden wöchentlich arbeiten, 110 Arbeitern mußte gekündigt werden. In Sachsen arbeiten die Porzellanfabriken des Freiburger Bezirks zum Teil verkürzt. Auch in Thüringen (besonders in der Sonneberger Industrie, in der nach anderer Quelle Massenentlassungen bevorstehen) haben Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen zugenommen; die zum 1. Juli beabsichtigte Betriebsaufnahme einer Fabrik ist unmöglich geworden.

Die Klagen besonders Mittel- und Süddeutschlands über unzureichende Belieferung mit geeigneten Brennstoffen sind bisher nicht verstummt. Ueberall machten sich Zurückziehung und Ausbleiben von Auslandsaufträgen empfindlich bemerkbar. Die in Amerika eingetretene starke Geschäftsverflauung hat auf den Absatz dorthin recht ungünstig eingewirkt, und die Geschäftsbeziehungen zu England und Frankreich sind naturgemäß durch die Sanktionen sehr nachteilig beeinflusst worden. Besonders gilt dies für die Luxusporzellanindustrie, die nach wie vor auch unter der fast vollständigen Absatzstörung auf dem Inlandsmarkt leidet, so daß weitere beträchtliche Betriebseinschränkungen unvermeidlich waren. Auch die Industrie der elektrotechnischen Porzellane klagt über Verschlechterung des Geschäftsganges auch im Inlande. Der Fachverband dieser Industrie hat den Abnehmern Vergünstigungen beim Bezuge elektrotechnischer Stanzporzellane eingeräumt, die im Durchschnitt einen Preisnachlaß um etwa 10 v. H. bedeuten. Trotzdem haben Betriebseinschränkungen sich nicht ungehen lassen. Am wenigsten wird bisher die Porzellan- und Steingutgeschirrindustrie von der Absatzstörung betroffen, doch mehrten sich auch hier Anzeichen des Rückgangs sowohl im Inlands- wie im Auslandsgeschäft.

Gewinnresultate von Aktiengesellschaften in der feinkeramischen Industrie.

Porzellanfabrik C. Zielsch & Co. A.-G. in Altwasser. Es sollen 20 Proz. Dividende verteilt werden.

Porzellanfabrik Lettan A.-G. verteilt 15 Proz. Dividende und 5 Proz. Sondervergütung. Im Vorjahre wurden 10 Proz. gezahlt.

Porzellanindustrie A.-G. Waldenburg. Bei 3 Millionen Aktienkapital ein Reingewinn von 1,58 Millionen Mark. Abschreibungen 460 000 Mk. Die Rücklage soll 10 Proz. (300 000 Mk.), die Dividende 25 Proz. betragen.

Kerama, keramische Werke, Meiningen. Dividende 4 Proz., Ueberdividende 11 Proz., zusammen 15 Proz. Im Vorjahre 0 Proz.

Porzellanfabrik Beh, Scherzer & Co., Rehau. Dividende auf das erhöhte Aktienkapital von 3 Millionen Mark 20 Proz. Im Vorjahre bei 1 1/2 Millionen Aktienkapital 35 Proz.

Zu wiederholten Malen ist uns schon der Einwand begegnet, daß die Dividende allein keinen Maßstab dafür abgebe, ob das Geschäft im Berichtsjahre prosperiert habe oder nicht. Soviel steht auch für uns fest, daß die Höhe der Dividende allein einen zutreffenden Schluß auf die Höhe des erzielten Gewinnes nicht zuläßt. Die „Oberfrk. Volksztg.“ veröffentlicht einen kurzen Auszug aus dem Geschäftsbericht der letztgenannten Firma in Rehau nebst einer Gegenüberstellung der Zahlen aus dem Berichte für das Jahr 1919. Wir geben diese Zahlen nachstehend wieder:

	1919	1920
Aktienkapital	1 500 000 Mk.	3 000 000 Mk.
Reingewinn	951 059 „	1 489 828 „
Dividende u. Bonus in Proz.	35	20
Vergütungskonto	225 000 Mk.	—
Aufsichtsrats-Lantienien	39 600 „	141 000 Mk.
Handlungskosten	226 340 „	766 502 „
Betriebskosten	314 300 „	1 209 058 „
Abschreibungen	50 434 „	106 383 „
Reservefonds	47 500 „	76 000 „
Pensionskasse	50 000 „	150 000 „
Werterhaltungskonto	—	200 000 „
Arbeiterwohnhauskonto	—	300 000 „

Die zu- und abgeführten fünf Konten umfassen die Abschreibungen und dgl. Sie betragen 1919 knapp

150 000 Mk., 1920 aber über 830 000 Mk. Für 1919 waren 15 Proz. Dividende ausgezahlt worden, außerdem aber laut eines schon im Mai 1919 gefaßten Beschlusses 20 Proz. Bonus, also zusammen 35 Proz. Das Vergütungskonto mit 225 000 Mk. für 1919 scheint hauptsächlich dem Aufsichtsrat zugute gekommen zu sein; genaueres ist aus dem Geschäftsbericht nicht ersichtlich. Aufsichtsrat und Vorstand erhalten auch noch andere als die unter Lantienien ausgewiesenen Zuwendungen, die wahrscheinlich auf Unkosten verbucht werden. Jedenfalls werden sie vor Festsetzung des Reingewinnes entnommen.

Die sechs Herren, die den Aufsichtsrat bilden, erhielten eine Lantieme von durchschnittlich pro Mann 60 000 Mk., wobei nicht mitgerechnet sind etwaige Beträge, die ihnen vor Feststellung des Reingewinnes satzungsgemäß zugesprochen sein sollten.

Wesel. Auf welche Art und Weise Unternehmer es fertig bringen, hohe Löhne zu errechnen, zeigt nachfolgende Aufstellung: Bis vor kurzem gab es bei den hiesigen Werken keine Kontrolluhr. Es kommt nun bei einigen Gießern vor, daß sie morgens früher anfangen. Diese Zeit wird den betreffenden Gießern aber nicht angerechnet. Wenn nun ein Gießer des Morgens um 6 Uhr anfängt und arbeitet bis 2 Uhr durch, was doch acht Stunden sind, so bekommt er für den betreffenden Tag aber nur 5 1/2 Stunden verrechnet, trotzdem der Gießer dieselbe Stückzahl fertig gemacht hat, wie an den andern Tagen. Dadurch erhöht sich der durchschnittliche Stundenlohn ganz beträchtlich. Genau dasselbe ist es, wenn einer des Abends länger arbeitet oder die Mittagspause durcharbeitet. Auf diese Art und Weise rechnet die Firma hohe Stundenlöhne heraus. Wenn in Wirklichkeit 50 bis 54 Stunden in der Woche gearbeitet werden, rechnet die Firma aber auch die Stunden, wenn ein Gießer einmal vor der angelegten Arbeitszeit die Fabrik verläßt, von den 48 Stunden ab. Trotzdem die Firma weiß, daß in der Gießerei länger wie 48 Stunden in der Woche gearbeitet wird, will sie dieses nicht zugeben, sondern hat auch den Mut, vor dem Schiedsamte mit dieser Art Lohnberechnung hervorzutreten. Den Kollegen möchten wir aber zurufen: Haltet genau die 8 Stunden ein, denn die Firma verschweigt vor dem Schiedsamte wohlweislich, daß die Löhne nicht in 8 Stunden verdient werden, und ihr seid die Betrogenen. Aber es ist immer dasselbe Bild: sobald die Unternehmer den Verpflichtungen des Tarifs nachkommen sollen, legen sich die Herren den Tarif immer nach ihrem Gutdünken aus. Auch nach dem Betriebsrätegesetz handeln die Herren immer aus technischen Gründen, das ist die Hintertür für diese Herren. 33 Proz. Dividende auszuzahlen, das fällt den Herren nicht schwer. Sobald die Arbeiter aber einmal mit gerechten Forderungen hervortreten, dann ist den Herren jedes Mittel recht.

Warnung vor Abo in Finnland. Aus einem uns mit mehrwöchentlicher Verspätung erreichten Briefe geht hervor, daß bei der Firma A. B. Tekniska Porcellinsfabriken in Abo, die gelegentlich deutsche Dreher sucht, ein Streik ausgebrochen war wegen durchaus unzureichender Löhne. Der ausgesprochene Grundsatz des Direktors Karlsön ist: Wem's nicht paßt, der kann gehen. Da das für zugewanderte Deutsche besondere Schwierigkeiten hat, sei vor Arbeitsannahme in Abo gewarnt.

Gewerkschaftliches.

Au die Ortsausschüsse des A. D. G.-B.

In neuerer Zeit mehrten sich die Fälle, daß von den Ortsausschüssen allgemeine Sammlungen zur Errichtung von Gewerkschaftshäusern und Finanzierung anderer Unternehmungen eingeleitet werden. Zu einem solchen Vorgehen sind die Ortsausschüsse nicht berechtigt, da Sammlungen, die über den Bezirk der einzelnen Ortsausschüsse hinausgehen, nur vom Bundesvorstand mit Zustimmung der Zentralvorstände oder des Bundesausschusses ausgeschrieben werden dürfen (§ 46 der Satzungen des A. D. G.-B.) Wir ersuchen darum die Ortsausschüsse, von derartigen Sammlungen Abstand zu nehmen und ebenso alle Sammelaufrufe, die nicht vom Bundesvorstand ergehen, unter Berufung auf den § 46 der Satzungen zurückzuweisen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

L. H. Leipart.

Vermischtes.

Stellenausschreibung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Nach Mitteilungen des Korrespondenzblattes des Allg.

meinen Deutschen Gewerkschaftsbundes" sollen in Zukunft die Stellengebote und -angebote offener Stellen für Arbeitervertreter als Arbeiter-, Betriebsrats-, Gewerkschaftssekretäre usw. nicht mehr einzeln im „Korrespondenzblatt“ ausgeschrieben werden. Es soll statt dessen ein Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eingerichtet werden, bei dem Ortsausschüsse, Arbeitersekretariate, Gewerkschaftsbureaus und Betriebsratssekretäre offene Stellen melden, wie auch Bewerber für solche sich an diesen Zentralstellennachweis wenden können. Gemeldete Stellen werden kurz bekanntgegeben. Bewerber haben anzugeben, was für eine Stellung sie suchen, ob sie schon ähnliche Stellungen bekleidet haben und welche sonstige Vorbildung vorliegt. Gesucht werden augenblicklich: je ein Arbeiter- und Gewerkschaftssekretär in Spremberg und Bockwitz; ferner ein Gewerkschaftssekretär in Wittenberg. Bewerber wollen sich an den Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin S. O. 16, Engelauer 15, IV, wenden.

Kostenerstattung für Schweizer Kuren von Kriegsbeschädigten.

Es häufen sich die Fälle, daß Kriegsbeschädigte beim Reichsarbeitsministerium die Kostenerstattung für Kuren beantragen, die sie selbstständig und ohne Vermittlung der zuständigen Behörden im Ausland, namentlich in der Schweiz, durchgeführt haben. Bei der ungünstigen Bewertung der Mark handelt es sich dabei um Beträge, die häufig über 100 000 M. hinausgehen. Das Reichsarbeitsministerium ist nicht in der Lage, diese Kosten zu übernehmen. Kriegsbeschädigten, die glauben, eine Kur im Ausland notwendig zu haben, wird deshalb dringend geraten, diese nur durch Vermittlung der zuständigen Behörden zu bewerkstelligen. Hierbei können zurzeit nach Lage der Dinge nur Höhenturen für Lungenkranke in Davos in Frage kommen.

Verjammlungsberichte.

Amberg. Unsere Versammlung vom 6. Mai war gut besucht. Nach Erledigung der rein geschäftlichen Angelegenheiten wurden Betriebsratsangelegenheiten diskutiert. In der Hauptsache stand die Frage einer Lohnzulage für den Maschinenisten und Heizer zur Debatte. Dann wurde hingewiesen auf die Lohnzahlungsmethoden bei der Firma Waffler. Sollte bis 14. Mai nicht nachgezahlt sein, müßte das Schiedsgericht entscheiden. Ferner wurde noch beschlossen, am 5. Juni einen Ausflug ins Lauterachtal stattfinden zu lassen, an dem sich hoffentlich alle Mitglieder beteiligen werden.

Berlin-Charlottenburg. Die Verwaltung hatte für die Zahlstellenversammlung vom 18. Mai 1921 den Gewerkschaftshistoriker Dr. Nestriepke als Referenten gewonnen. In seinem Vortrag: „Aus den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung“ führte er etwa folgendes aus: Gewerkschaften sind Verbindungen zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft. In der vorkapitalistischen Zeit hatten die Gesellenbünde bereits versucht, eine gewisse Selbstständigkeit gegenüber den Meistern zu erringen. Diese Verbindungen können als die Vorläufer der Gewerkschaften angesehen werden. Verschiedene Versuche, die Gesellenbünde aufzulösen, schlugen fehl. Erst den entstehenden Einzelstaaten gelang es, wirksame Koalitionsgesetze zu schaffen. Die dann entstehenden Zwangsinnungen, die häufig im übermäßigen Formenzwang erstarrten, hatten sich hauptsächlich religiösen, charitativen und geselligen Zwecken zugewandt. Es stand ihnen offiziell kein Einfluß auf das Arbeitsverhältnis zu. Indirekt wurde dieser aber trotzdem wahrgenommen durch eine eigene Gerichtsbarkeit, die als scharfe Kampfform, die „Schimpfung“, vergleichbar mit unserem heutigen Boykott, gegenüber unbotmäßigen Gesellen und Meistern in Anwendung brachte. Diese Kämpfe, die des öfteren Arbeitsniederlegungen, auch über den örtlichen Fall hinaus, nach sich zogen, wurden von den Gesellen mit größter Fähigkeit durchgeführt. Der „Schimpf der Braunschweiger Rademacher“ ist ein beredter Beweis für den in der damaligen Gesellenchaft herrschenden Geist. — Der Geselle dieser Epoche stand mit dem Meister in Familienverbindung. Die Gewohnheiten des Meisters, z. B. in bezug auf die Arbeitszeit, waren auch für ihn üblich. Da er fast nie verheiratet war, so war es ihm ziemlich leicht, die Stelle zu wechseln. Anders wurde es mit dem Aufkommen des Kapitalismus. Die Gesellenführung einzelner dient nun häufig zum Kauf der Arbeitskraft. Größere Betriebe entstehen. Die Technik macht bedeutende Fortschritte. Neue, das Arbeitsverfahren vereinfachende Maschinen werden konstruiert. Die Selbständigmachung, bis dahin der übliche Abschluß für den Gesellen, wird der gesteigerten Kosten wegen immer schwieriger. Da eine gründliche Lehrzeit bei der Maschinenarbeit nicht immer erforderlich war, zogen die Unternehmer im großen Maßstab Arbeitskräfte vom Lande heran. Frauen und Kinder wurden dazu herangezogen, bis zum Äußersten ausgebeutet. Das persönliche Verhältnis des Arbeiters zum Arbeitgeber hat nun auch den charakteristischen Charakter völlig verloren. In dieser Situation ist die Bewegung der „Lebenslänglichen Arbeitnehmern“ Gewordenen eine Lebensnotwendigkeit. Der Gedanke der Gewerkschaften ist es zum erstenmal in Deutschland um 1848. Er wird aber durch die konservative Reaktion wieder unterdrückt. Bedingt durch die Entwicklung des Industriekapitalismus lebt er in den 60er Jahren neu auf. In derselben Zeit fällt das Aufkommen der liberalen Bewegung. Die Grundzüge: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ erhebt das Unternehmertum zum Motto. Die Koalitionsverbote werden aufgehoben. Lehrlinge erheben sich und weisen den Arbeitern neue Wege. Die Leipziger Fabrikarbeiter und Bräuer gründeten als erste örtliche Vereinigungen in gewerkschaftlicher Form. Um 1868, dem Geburtsjahr der modernen Gewerkschaftsbewegung, wird die Gründung

solcher Organisationen von drei Seiten versucht. In erster Linie von Bebel und Liebknecht, die bereits mit Erfolg im Leipziger Arbeiterbildungverein wirkten. Bebel, inspiriert durch die unter Karl Marx' Leitung stehende Internationale Arbeiterassoziation, weiter angeregt durch die günstige Entwicklung der Gewerkschaften in England, macht auf dem Nürnberger Vereinsstag 1868 den ersten Gründungsversuch. Ein erster Aufruf ergeht an die „Arbeitergewerkschaften“. — Von anderer Seite geht Schweizer, der Leiter des Lassalleschen „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“, an das Problem heran. Tatsächliche Gründe bewegen ihn, seine Organisation gewerkschaftlich auszugestalten. Auf der Delegationsversammlung in Hamburg (1869) erfährt er zunächst eine Ablehnung. Daraufhin erläßt er einen Aufruf zu einem Arbeiterkongress. Diesem Kongress legte der unermüdete Schweizer fertig ausgearbeitete Organisationspläne vor. Die Bildung von zwölf „Arbeitervereinen“ war vorgesehen. — Die letzte Richtung endlich, unter Führung von Dr. Max Hirsch, bemühte sich, unter Schutz der Fortschrittspartei stehende Organisationen ins Leben zu rufen. Hirsch, dem später Dunder zur Seite trat, hatte zunächst günstige Erfolge zu verzeichnen. Aber bereits die ersten größeren Streiks brachten der Richtung Hirsch-Dunder schwere Niederlagen. Auch die Lassalleaner erlitten, zum Teil auch durch eigenmächtiges Vorgehen von Schweizer, empfindliche Verluste. Die Kämpfe zwischen den „freien“ Richtungen, die ihre tiefere Ursache in dem Gegensatz des Lassalleschen Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zur Sozialdemokratie hatten, endete schließlich mit dem Uebergang dieses Vereins zu den Bebelianern. Im Zusammenhang damit ist die 1875 erfolgte Einigung der beiden Richtungen in der Sozialdemokratie zu betrachten. Das Jahr 1879 brachte das Sozialistengesetz und damit die Beseitigung der politischen und gewerkschaftlichen Einrichtungen der Arbeiterschaft, soweit letztere der „freien“ Richtung angehörten. Bald darauf entstanden jedoch die Verbindungen mit unversteigbarer Kraft aufs neue, um bei dem Fall des Sozialistengesetzes (1890) bereits über 250 000 Mitglieder zu verfügen. Heute zählen die freien Gewerkschaften in Deutschland neun Millionen Mitglieder. Raum eine andere Bewegung ist in solchem Zeitraum zu solcher Macht und kultureller Bedeutung gelangt. Dankbar müssen wir heute derer gedenken, die in jähem Ringen das Banner hochhielten, der sieghaften Wegbereiter unserer heutigen Gewerkschaftsmacht. Reicher Verfall lohnte den Redner für seine überaus fesselnden, gehaltvollen Ausführungen. — In der kurzen Diskussion wurde die Frage der Arbeitsgemeinschaften angeschnitten. Der Referent bezeichnete diese Frage, deren Für und Wider gründlich erwogen werden müsse, zur Behandlung in einem Schlußwort für ungeeignet. Einem anderen Diskussionsredner erwidert Dr. Nestriepke, daß bei der Betrachtung des Entstehens der Gewerkschaften die ungünstige soziale Lage der Arbeiterschaft als eigentlicher Urgrund selbstverständlich sei. — Kollege Schulze gab den Bericht über den Kassenbestand und die Mitgliederbewegung. Die von den Revisoren beantragte Entlastung wird erteilt. Der Vorsitzende, Kollege Berndt, gibt bekannt, daß die Verwaltung der Zahlstellenversammlung die definitive Anstellung des Lokalbeamten, Kollegen Schulze, empfiehlt. Die Versammlung ist mit dem Vorschlag einverstanden. Kollege Schulze dankt für das bewiesene Vertrauen und bittet die Branchen und Kollegen um tatkräftige Unterstützung im gemeinsamen Interesse. Kollege Krebs berichtet über einen Vortrag des Dr. Kuczynski vor den Berliner Betriebsräten. Nach kurzen Bemerkungen verschiedener Kollegen, in denen Anregungen für künftig zu haltende Vorträge gegeben wurden, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Hankenhain. In einer außerordentlichen Zahlstellenversammlung erstattete Gemisse Triebiger (Rudolstadt) Bericht über das letzte Lohnabkommen. Die Zahlstelle protestiert ganz energisch gegen dasselbe und die Kollegen und Kolleginnen können nicht verstehen, daß ein derartiges Lohnabkommen zustande kam. Die wirtschaftliche Situation hat sich noch kein Zota gebessert, sondern verschlechtert. Die Versammlung fordert, daß künftighin, wenn die Verhandlungen zwischen dem Unternehmer- und Arbeitnehmerverband ergebnislos erscheinen, dieselben abgebrochen werden und den einzelnen Zahlstellen die weitere Entscheidung überlassen bleibt. Weiter wurde noch gerügt, daß die Thüringer Zahlstellen, die ungefähr die Hälfte der Verbandsmitglieder umfassen, bloß durch drei Delegierte vertreten waren. Die Zahlstelle fordert den Hauptvorstand auf, dafür zu sorgen, daß Thüringen bei den folgenden Lohnverhandlungen, der Mitgliederzahl entsprechend, durch Delegierte vertreten ist.

Breslau. Der am 8. Mai von der Sektion der Polychromen und Figuristen veranstaltete Ausflug ist als ein vollkommen gelungenen zu bezeichnen. Alle Teilnehmer waren in der frühesten Stimmung, wozu das herrliche Wetter nicht am wenigsten beigetragen hatte. Jeder trug nach seinen Kräften dazu bei, das Fest zu dem zu machen, was es wurde, und so konnte der Erfolg nicht ausbleiben. Bezeichnend dafür ist der allseitige Wunsch, den Ausflug sobald wie möglich zu wiederholen. Per Bahn ging es bis Hundsfeld, von da über Sacrau, wo gefrühstückt wurde, nach Ersekretscham. Dort hatten wir Gelegenheit, uns einer anderen Gesellschaft, welche mit einer 6 Mann starken Jumbo-Kapelle dort eingetroffen war, anzuschließen. Es ging nun mit klingerndem Spiel über Domatschiane nach Sibyllenort. Was machten unsere Kollegen, welche gleich mit der Bahn ans Ziel gefahren waren, für Augen, als sie uns mit Vollmusik dort angekommen sahen. Besonders der Paukenschläger schien wohl der Meinung zu sein, einen Kriegsverbrecher unter seinem Schläger zu haben. Preisregala und Gesellschaftsspiele gaben Zerstreuung und Heterkeit. Ein Kollege machte noch einige wohlgezielte photographische Aufnahmen, so daß jeder noch ein dauerndes Andenken erhalten kann. Zum Schluß ging es dann noch nach Langewiese, wo das Tanzbein geschwungen wurde und von da mit der Bahn nach Garmisch. Die Besichtigung des Schlosses in Sibyllenort ist wegen der Anwesenheit des Besitzers (ehem. König von Sachsen) leider nicht möglich.

Beteiligt waren 26 Personen, davon aber nur 9 Mitglieder; das ist beachtenswert; immerhin aber, mit dem Mainzug verglichen, ein Fortschritt. Denn da zählte ich die Häupter meiner „Lieben“ und Hebe, es waren gerade sieben. Doch nein, ich hatte mich geirrt: denn zwei hatten uns nur guten Morgen gewünscht und waren

wieder verschwunden. Sie waren entschieden ökonomischer veranlagt als wir und zogen es vor, mit Rücksicht auf ihre Schuhsohlen, stolz, wie in früheren Zeiten ein General seine Rekruten, vom Straßenrande aus uns an sich vorüberziehen zu lassen.

Wir hatten uns gleich hinter der Arbeiterjugend eingereiht, und so werden sich ja auch die Leute gewundert haben, daß wir alle noch so jung sein sollten. Ein Schild besah unsere Verwaltung nicht, denn wenn man einen Maumzug macht, geht man am 1. Mai früh sehen, ob das Schild noch an Ort und Stelle ist. Wer kann denn auch wissen, daß schließlich jemand einen Beserstitel gebraucht haben könnte? — Vielleicht hatte der Betreffende auch den Pappeidel zu Schuhsohlen gebraucht. Das bleibt sich schließlich auch gleich; die Hauptsache ist, es war eben kein Schild da. Wozu denn auch den anderen alles nachmachen? Man kann doch was extra haben.

So scheinen überhaupt die meisten unserer Mitglieder zu denken. Wenn die einen in die Versammlung gehen, brauchen es doch die anderen nicht auch zu tun. Was anderes, es ist irgend etwas im Gange: eine Lohnerhöhung oder dergleichen. Da kann man doch wenigstens rasonieren, daß es nicht gut gemacht worden und zu wenig ist. Manche halten es überhaupt nicht mehr für nötig, organisiert zu sein, denn mit Lohnerhöhungen ist es so ziemlich zu Ende. Solche „Auch-Kollegen“ sind Schmaroger der Arbeiterbewegung und wollen ernten, was die anderen gesät haben. Es werden aber auch wieder Zeiten kommen, wo sie es bereuen werden, nicht im Verbands zu sein. Und es sind gerade solche, die sich erst in unserer Branche eingearbeitet haben. Darum, ihr anderen Kollegen! Werft endlich wieder diese unerhörte Gleichgültigkeit von euch und zeigt wieder Interesse! Denkt an die Zeiten, wo sich alle noch rege beteiligten, und welche Vorteile wir erringen konnten. Es wird noch manchen Strauß auszufechten geben. Darum, haltet zusammen. Einzeln sind wir nichts, vereint alles. Wartet nicht erst, bis euch das Wasser am Halse steht. Darum, alle am 1. Juni in die Sektionsversammlung; es sind wichtige Sachen zu beraten.

Die Zahlstellenversammlungen können wir leider nicht besuchen, da sie unbestimmt und zu früh stattfinden. Wir müßten uns dann vom Chef Urlaub nehmen. Als rücksichtsvoll kann man das von Seiten der Kollegen aus der Steingutfabrik gerade nicht bezeichnen. Diese haben, weil sie die große Mehrheit sind, das Recht für sich allein gepachtet. Wenn diese Versammlungen, da sie auf ihren Wunsch so zeitig angesetzt, wenigstens gut besucht werden würden, würde man es noch hingehen lassen. Wenn in der Versammlung Unterstüßungen ausgezahlt, kann über schwachen Besuch nicht geklagt werden. In bezug auf Rechte kennen viele Mitglieder die Statuten genau, aber Pflichten ist ein unbekannter Begriff.

Kommt man seinen Pflichten nach, kann man auch seine Rechte beanspruchen, aber im anderen Falle gehört doch „gelinde gesagt“, ein „weites Gewissen“ dazu, seine Rechte zur Geltung bringen zu wollen. E. F.

Flörsheim. Am 8. April fand eine gutbesuchte Zahlstellen- und Betriebsversammlung statt. Gauleiter Jahn war anwesend und gab ausführlichen Bericht über die letzten Lohnverhandlungen in Dresden. Die anwesenden Kollegen waren über das Resultat sehr enttäuscht. Besonders die im Stundenlohn Beschäftigten hatten auf ihren hier, im belebtesten Gebiet, sehr karg bemessenen Lohn eine Zulage erwartet. Demzufolge wurde die Versekung in eine höhere Lohnklasse gefordert. Kollege Jahn erklärte, daß dies jetzt nicht mehr möglich sei, da Flörsheim endgültig in die Ortsklasse IIa eingereiht sei. Es könne aber ein paritätischer Ausschub aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildet und dieser mit der Prüfung der örtlichen Verhältnisse beauftragt werden. Dieser Ausschub habe auch dann zu entscheiden. Die Forderung im Manteltarif, lautend auf vierzehntägige Kündigung für das besetzte Gebiet, wurde mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Aus alledem wurde uns klar, wie notwendig es sei, die Reihen eng zu schließen, um bei den bevorstehenden Lohnkämpfen nicht ins Hintertreffen zu kommen. Nachdem nun Kollege Jahn uns in dankenswerter Weise in vielen Punkten Aufklärung gegeben, schloß der Vorsitzende die gutverlaufene Versammlung.

Kahla. Die letzte Versammlung der Zahlstelle war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Vorsitzende, Genosse Franz Dietrich, daß die Versammlungen wie bisher, pünktlich um 8 Uhr, eröffnet würden, ohne Rücksicht auf etwaigen schlechten Besuch bei der Eröffnung. Denjenigen unserer Mitglieder, die pünktliche Besucher der Zahlstellenversammlungen sind, darf nicht zugemutet werden, daß sie eine halbe bis eine Stunde warten sollen auf die Unpünktlichen; sie würden dadurch gewissermaßen bestraft für ihre Pünktlichkeit und ihr reges Interesse für das Verbandsleben. Die Kolleginnen und Kollegen mögen diese Erklärungen beachten. — Zuschriften von auswärts werden teils mit Heiterkeit zur Kenntnis genommen. Den Bericht über die letzte Sitzung des Ortsausschusses des A. D. G. B. erstattet Genosse Christian Koch. Wesentlich aus dem Bericht ist die Stellungnahme des Ortsausschusses zu den Wahlen der Verwaltungskörper der Krankenkassen. Leider hat der Ortsausschub nur Einfluß auf die Vertreterwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse, die jetzt umgewandelt worden ist in eine Krankenkasse für den Amtsgerichtsbezirk Kahla und nicht auch auf die Betriebskrankenkassen, in deren Verwaltungen den Unternehmern gesetzlich und vielfach auch noch zu allem Uebel durch die Lässigkeit und Gleichgültigkeit der Arbeiter ein maßgebender Einfluß gesichert ist. Der Ortsausschub des A. D. G. B. hat die Vertreter zu dem Krankenkassenausschub vorgeschlagen und alle dem Ortsausschub angeschlossenen Gewerkschaften berücksichtigt. Genosse Meinhardt macht hierzu noch längere Ausführungen und verweist auf die Verordnung des Reichsarbeitsministers, nach welcher die Wahlen zu den Verwaltungskörpern der Krankenkassen ein Jahr nach Friedensschluß vorzunehmen sind. Im besondern betont Genosse Meinhardt, daß das Volk gegenwärtig in einem Maße degeneriert sei, daß durch nichts mehr zu überbieten ist. Das Streben der Arbeiterklasse müßte deshalb mehr denn je auf Vereinheitlichung des gesamten Arbeiterversicherungswesens gerichtet sein, weil in Ansehung der Tatsache, daß von 10 Versicherten gegenwärtig 9 krank sind, den Krankenkassen außerordentlich hohe Aufgaben gestellt sind, wir uns

den Luxus der Vielgestaltigkeit im Krankenversicherungswesen kaum noch gestatten können, soll allen Anforderungen an die Krankenkassen Rechnung getragen werden können. Es gehören deshalb auch Arbeiter in die Verwaltungskörper der Krankenkassen, die für die soziale Gesetzgebung das erforderliche Interesse und Verständnis für Vereinheitlichung der Krankenversicherung haben. Und da liegt es gerade bei der Arbeiterschaft (unseren Beruf nicht ausgeschlossen) vielfach im argen. Da wir in dieser Frage eine die breiteste Öffentlichkeit interessierende Angelegenheit erblicken, ersuchen wir alle Zahlstellen, in ihren Versammlungen diese Angelegenheit zur Aussprache zu bringen. — Im weiteren macht Genosse Meinhardt längere Ausführungen über das Verbandsstatut. Dies war einmal notwendig, weil feststeht, daß der kleinste Teil der Mitglieder keine Ahnung hat von den Bestimmungen unseres Statuts. (Andererseits wird es ebenso sein.) In der Hauptsache erläutert der Vortragende die Bestimmungen über Beitragszahlung, Unterstüßungseinrichtungen und Meldepflicht der Mitglieder bei Erwerbslosigkeit. Wenn alle in der Versammlung Anwesenden das Gehörte beherzigen, dann sind wir der Auffassung, daß ein gut Stück Aufklärungsarbeit geleistet wurde. Sodann macht Genosse Meinhardt Ausführungen über die gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Versicherung „Volkspflege“ und empfiehlt er diese Volkerversicherung im wahren Sinne des Wortes, die ihrem Wesen nach ein sozialisiertes Unternehmen darstellt, wie solche gegenwärtig mit allem Nachdruck seitens der Arbeiter gefordert werden, allseitiger Beachtung und Inanspruchnahme. Bei dieser Gelegenheit wird noch verwiesen auf die Macht, die die Verbraucher darstellen können, wenn sie sich reiflos organisieren in der Konsumgenossenschaft, anstatt ihr Geld den Krämerhinzutragen und diesen ihr Parasitenleben zu ermöglichen. Gerade in dieser Beziehung zeigt sich am kräftigsten der bei einem großen Teil der Arbeiterschaft bestehende Widerspruch in bezug auf die Forderung auf Sozialisierung der Wirtschaft. Während ein ganzer Teil in Versammlungen Resolutionen zustimmt, in denen die schnellste und umfassendste Sozialisierung der Wirtschaft und entschädigungslose Enteignung der Besitzer der Produktionsmittel gefordert wird, gehen diese Leute nach Hause und tragen ihr Geld den privatkapitalistischen Geschäftsinhabern hin. Einen größeren Widerspruch zwischen Theorie und Praxis kann es gar nicht mehr geben. Die Ausführungen des Genossen Meinhardt gehen dem aus dem Rubricator als Gast anwesenden früheren Kollegen Heinrich Buschmann Veranlassung, das Gesagte zu unterstreichen und ein Bild zu entrollen über die Zustände, wie sie sich unter der Herrschaft der Unvernunft und der Konfusion in Rheinland-Westfalen herausgebildet haben. Anschaulich schildert Genosse Buschmann das verwerfliche Treiben jener eigenartigen Weltverbesserer, die zum großen Teil aus der Klotze der Arbeiterfeindlichkeit à la Hinke, Katschmarek und Lebius vorkriegszeitlichen Angebens emporgestiegen sind und wahrscheinlich eines schönen Tages in diesen Sumpf zurückversinken werden, soweit sie inzwischen nicht zur Einsicht und zur Vernunft gekommen sind. Der Terror feiert dort in diesem Bezirke wahre Orgie und macht dem vernünftigen Teil der Arbeiterschaft das Leben zur Hölle, und werden dadurch nur Erregung, Verbitterung und Zwiespalt geschaffen, die sich schädigend für die gesamte Arbeiterschaft auswirken. Stürmischer Beifall bewies dem Redner, daß in Kahla kein Nährboden für solche Zustände vorhanden ist. Das bewies auch die an diese Ausführungen sich anschließende Diskussion, in der ein als Gast anwesender Kollege Moskauer Obervang den Versuch unternahm, die Ausführungen des Genossen Buschmann zu entkräften, und weil ihm die Gelegenheit günstig erschien, auf die „Bonzen“ zu schimpfen. Der zutage getretene Unmille der Versammelten während seiner Ausführungen sowie auch die sonstigen Kundgebungen der Anwesenden zu den Ausführungen werden diesem Kollegen sicherlich alle Zweifel genommen haben, daß in Kahla kein Raum ist für moskowitzische Bestrebungen. Die Kollegenschaft in Kahla ist der Auffassung — und die Erfahrung hat diese Auffassung bestätigt — daß die Arbeiterinteressen am wirksamsten vertreten werden, wenn vernünftig und zielbewußt und unter Zuhilfenahme der Erfahrungen alter Sturms erprobter Kollegen gearbeitet wird. Die seitens des Genossen Meinhardt an den Kollegen Berger gerichtete Frage, wo er in der Vorkriegszeit gewesen sei, ob er sich schon einmal in eine Liste einer Gewerkschaft oder der alten sozialdemokratischen Partei eintragen ließ und in den Kampfreihen der Gewerkschaften und der Partei die Vorbedingungen zur heutigen Freiheit der Arbeiter mit schaffen half, ließ letzterer unbeantwortet und bekundete durch sein Schweigen seine Schuld der Unterlassung. Helld!

Mannheim. Die am 12. Mai abgehaltene Zahlstellenversammlung war ziemlich gut besucht. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe und hieß Kollegen Jahn willkommen. In Punkt 2 referierte Kollege Jahn über das letzte Lohnabkommen und den Tarif. Redner gab einen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen, wofür ihm die Versammlung reichen Beifall spendete. Es liegt uns fern, den Hauptvorstand dafür verantwortlich zu machen, daß nichts erreicht worden ist. Unerhört ist es von Seiten der Unternehmer, mit einem Lohnabbau zu kommen, wo sie selber immer vorwärts: es ist alles zu teuer. Aber danach fragen diese Herren nicht, wie es einem Arbeiter im letzten Winter ging und heute noch geht. Wie ein Lohn für die Arbeiterschaft muß die Ausschüttung bis zu 50 Proz. Druckende wirken, wenn sie sich überlegen, aus wem es herausgeschoben wird. In Punkt 3 gab Kartelldelegierter Kollege Bauer den Kartellbericht bekannt. In Punkt 4 wurde der Schiedsspruch vom Kartellschiedsamt, welcher zugunsten der Arbeiterschaft ausfiel, bekanntgegeben. Hierauf schloß der Vorsitzende mit der Ermahnung, die Versammlungen künftig noch besser zu besuchen.

Literarisches.

Der Frauen Monatsklub hat sich ein demnächst im Verlage von Auer & Co. in Gumburg erscheinendes Jahrbuch für Arbeiterfrauen und -mädchen. Das Erscheinen dieses Buches ist mit Freude und Genugtuung zu begrüßen: denn es füllt eine Lücke aus die sich von Jahr zu Jahr im Gegensatz zur bürgerlichen Frauenliteratur stärker bemerkbar machte.

